

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Haushalt, Finanzen u. Verwaltungsangelegenheiten** der Stadt Burgdorf am **14.11.2016** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

18.WP/A-HFV/001

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:50 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:50 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:50 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Sund, Björn

Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut
Hinz, Gerald
Kirstein, Lukas
Pollehn, Armin
Schulz, Kurt-Ulrich
Wichmann, Christiane

stellv. Mitglied/Mitglieder

Schrader, Karl-Ludwig

Beratende/s Mitglied/er

Rainer, Joachim-Roland
Waldeck, Jürgen

Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Verwaltung

Gawert, Ulrike
Hammermeister, Lars
Kugel, Michael
Philipps, Lutz
Vierke, Silke
Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Pflichtenbelehrung der nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder

3. Wahl einer / eines stellv. Ausschussvorsitzenden
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 4.1. Mitteilung - 2. Finanzbericht 2016
Vorlage: 2016 0063
5. Betriebsabrechnung 'Häuser der Jugend 2015'
Vorlage: 2016 0054
6. Betriebsabrechnung 'Stadtbücherei 2015'
Vorlage: 2016 0055
7. Betriebsabrechnung 'Obdachlosenunterkünfte 2015'
Vorlage: 2016 0056
8. Betriebsabrechnung 'Bestattungswesen 2015'
Vorlage: 2016 0057
9. Betriebsabrechnung 'Flüchtlingsunterkünfte 2015'
Vorlage: 2016 1204
10. Entwurf Haushaltssatzung 2017
Vorlage: 2016 0001
11. Entwurf Investitionsprogramm 2017
Vorlage: 2016 0002
12. Entwurf Stellenplan 2017
Vorlage: 2016 0003
- 12.1. Entwurf Stellenplan 2017
Vorlage: 2016 0003/1
13. Anfragen laut Geschäftsordnung
14. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Sund eröffnete um 17.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend wurde die Tagesordnung in der diesem Protokoll vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

2. Pflichtenbelehrung der nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder

Herr Baxmann verpflichtete **Herrn Joachim-Roland Rainer** sowie **Herrn Jürgen Waldeck** als beratende Mitglieder des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten.

3. **Wahl einer / eines stellv. Ausschussvorsitzenden**

Auf Vorschlag mehrerer Ausschussmitglieder wurde **Herr Pollehn** einstimmig zum stellv. Vorsitzenden gewählt.

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Philipps teilte mit, dass die Stadt für den Zeitraum 13.10. bis 30.11.2016 einen Liquiditätskredit von 7 Mio. € zu einem Zinssatz von 0% aufgenommen habe. Bis zum jetzigen Zeitpunkt seien insgesamt Zinsen von 28,91 € für Liquiditätskredite gezahlt, im gleichen Zeitraum aber auch Guthabenzinsen von 2.471,42 € erzielt worden.

Weiterhin teilte **Herr Philipps** mit, dass die Steuerschätzung vom November 2016 mit dem jetzt regionalisierten Ergebnis vorliege. Danach sei im lfd. Jahr mit rd. 30.000,00 € weniger Einkommensteuer gegenüber dem Haushaltsansatz zu rechnen. Der für das Jahr 2017 gebildete Ansatz müsse um rd. 18.000,00 € reduziert werden. Sobald auch der für die Schlüsselzuweisungen maßgebliche vorläufige neue Grundbetrag vorliege, werde eine Mitteilungsvorlage erstellt.

4.1. **Mitteilung - 2. Finanzbericht 2016** **Vorlage: 2016 0063**

Herr Hammermeister erklärte, dass die Verwaltung jeweils zum Stand 30.06., 30.09. und 31.12. d.J. einen unterjährigen Finanzbericht mit Prognose für das laufende Jahr erstelle.

Er wies auf Seite 6 der Vorlage hin, in der das voraussichtlich zu erwartende Ergebnis des Jahres 2016 abgebildet sei.

Herr Hinz fragte nach, warum im Ergebnis auf Seite 5, Zeile 16, die Abschreibungen um 1 Mio. € höher ausfallen werden als im Haushaltsplan dargestellt.

Hierzu erklärte **Herr Hammermeister**, dass es sich hierbei überwiegend um jetzt vorgeschriebene Sollstellungen von Forderungen im Bereich des Unterhaltsvorschusses handele, die aber kaum realisierbar seien und von daher als Forderungsabschreibungen abgebildet seien.

Zu der von **Herrn Pollehn** aufgeworfenen Frage zu den Abweichungen bei den privatrechtlichen Entgelten sowie Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erklärte **Herr Hammermeister**, dass es sich hierbei überwiegend um Erträge und Aufwendungen aufgrund der Flüchtlingssituation han-

dele, die wegen der im letzten Jahr prognostizierten Flüchtlingszahlen vorsorglich im Haushalt eingestellt werden mussten.

5. Betriebsabrechnung 'Häuser der Jugend 2015'
Vorlage: 2016 0054

Beschluss:

Die Betriebsabrechnung ‚Häuser der Jugend 2015‘ wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

6. Betriebsabrechnung 'Stadtbücherei 2015'
Vorlage: 2016 0055

Herr Schulz wies darauf hin, dass der Kostendeckungsgrad gegenüber dem Vorjahr zwar etwas gesteigert werden konnte, dennoch aber ein hohes Defizit verbleibe.

Herr Hinz bat die Ausschussmitglieder, Überlegungen im Hinblick auf eine Gebührenanpassung vorzunehmen. Er halte eine geringe Erhöhung für gerechtfertigt.

Auch **Herr Pollehn** sprach sich für eine sozialverträgliche Anhebung der Benutzungsgebühren aus.

Beschluss:

Die Betriebsabrechnung ‚Stadtbücherei 2015‘ wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

7. Betriebsabrechnung 'Obdachlosenunterkünfte 2015'
Vorlage: 2016 0056

Herr Schulz erkundigte sich, warum der Zuschussbedarf gegenüber 2014 um mehr als 100.000 € gestiegen sei.

Hierzu erklärte **Herr Philipps**, dass es sich um Kosten für die bauliche Unterhaltung handele, was auf Seite 12 zu Zeile 4 in der Betriebsabrechnung erläutert sei.

Herr Pollehn fragte nach, ob weitere umfangreiche Renovierungen in diesem Bereich geplant seien. Hierzu erläuterte **Herr Philipps**, dass die Stadt grundsätzlich Wohnraum für Obdachlosigkeit vorhalten müsse. Zur Zeit seien auch Teile der Gebäude mit Flüchtlingen belegt. Die Obergeschosse der Gebäude 3, 3a und 4 werden bereits seit einigen Jahren aus baurechtlichen Gründen nicht mehr belegt. Es würden z.Zt. Überlegungen angestellt, diese

Gebäude abzureißen und das Grundstück für Wohnbebauung zur Verfügung zu stellen.

Herr Sund sprach die Belegung der Wohnungen an. Von 25 Einzimmerwohnungen seien nur zwei belegt. Er fragte nach, ob es eine Aufstellung der Auslastung dieser Gebäude gebe.

Antwort über Protokoll:

Die im Jahr 2015 vermieteten zwei Wohnungen sind bereits seit mehreren Jahren dauerhaft durch dieselben Personen belegt. Einige Wohnungen waren bzw. sind z.T. jetzt noch durch Flüchtlinge belegt, die aber demnächst in andere Unterkünfte umziehen werden. Ansonsten gab es keine Fluktuation in den Obdachlosenunterkünften.

Hinweis:

In 2016 werden demnächst wieder Zugänge in den Obdachlosenunterkünften zu verzeichnen sein. Es müssen drei Einzelpersonen und evtl. auch eine Familie mit 3 Personen dort untergebracht werden. Durch den Wegfall der Kooperation mit der Tageswohnung, die durch Sozialarbeiter im Vorfeld drohende Obdachlosigkeit vermeiden konnte, muss u.U. wieder mit vermehrter Belegung der Unterkünfte gerechnet werden.

Beschluss:

Die Betriebsabrechnung ‚Obdachlosenunterkünfte 2015‘ wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

**8. Betriebsabrechnung ‚Bestattungswesen 2015‘
Vorlage: 2016 0057**

Herr Hinz merkte an, dass die Anzahl der Bestattungen auf den kirchlichen Friedhöfen höher sei als auf den städtischen und erkundigte sich, ob die Gebühren dort niedriger seien. Außerdem sei feststellbar, dass die Anzahl der Urnenbestattungen kontinuierlich steige.

Herr Philipps erklärte, dass die Gebühren der kirchlichen Friedhöfe regelmäßig an die Gebühren der städtischen angeglichen werden und hier keine großen Unterschiede feststellbar wären.

Beschluss:

Die Betriebsabrechnung ‚Bestattungswesen 2015‘ wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

**9. Betriebsabrechnung ‚Flüchtlingsunterkünfte 2015‘
Vorlage: 2016 1204**

Herr Kugel wies darauf hin, dass es sich hier um die erste Betriebsabrechnung für Flüchtlingsunterkünfte handele, da außer den Unterkünften Friederikenstr. 43, 43 A, und 43 B weitere Unterkünfte hinzugekommen seien. Die Betriebsabrechnung diene der Gebührenkalkulation.

Herr Hammermeister erläuterte, dass grundsätzlich eine Kostendeckung von 100% erreicht werden solle. Der hier in der Betriebsabrechnung ausgewiesene Fehlbetrag resultiere aus vorbereitenden baulichen Maßnahmen für die Unterkünfte Friederikenstr. 29, die aber erst im Jahr 2016 erstmalig belegt wurde. Der ausgewiesene Fehlbetrag werde in den nächsten Jahren bei der Gebührenkalkulation entsprechend vorgetragen.

Herr Baxmann wies noch darauf hin, dass mit der Region bereits Gespräche über evtl. Überhänge in den Flüchtlingsunterkünften geführt werden. Z.Zt. seien diese aber noch unkalkulierbar. Ohne weiteres sei auch eine neue Nutzung der Unterkünfte östlich FTZ baurechtlich nicht möglich.

Beschluss:

Die Betriebsabrechnung ‚Flüchtlingsunterkünfte 2015‘ wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

10. Entwurf Haushaltssatzung 2017 Vorlage: 2016 0001

Herr Philipps erläuterte den Ausschussmitgliedern das weitere Vorgehen zu den Haushaltsplanberatungen. Er wies darauf hin, dass einige Positionen im Haushaltsplan-Entwurf noch nicht enthalten seien und über die Änderungslisten zur Entscheidung gestellt werden, so u.a. auch die Erneuerung des Fußbodens der Sporthalle der Gudrun-Pausewang Grundschule mit rd. 200.000 €, die Veränderungen beim Einkommensteueranteil und den Schlüsselzuweisungen aufgrund der November-Steuerschätzung, die Schulraumproblematik IGS und Gymnasium sowie entsprechende Anträge zum Haushalt aus den Ortsräten und Fachausschüssen.

Herr Hinz sprach die durch die CDU-Fraktion verschickte Mail zur Verschiebung der Beschlussfassung über den Haushalt 2017 in das Jahr 2017 an und betonte, dass es sich dann um einen Verstoß gegen die im NkomVG getroffenen Fristenregelungen handeln würde. Vergleichbar hiermit wurde von der CDU-Fraktion gegenüber der Verwaltung bei Vorlage der Jahresabschlüsse von ‚Rechtsbruch‘ gesprochen. Die SPD-Fraktion sehe sich in der Lage, den Haushalt am 08.12.2016 zu verabschieden, würde aber einer Verschiebung zustimmen.

Auch **Herr Schulz** sprach sich für die WGS dafür aus, einer Verschiebung der Verabschiedung des Haushalts zuzustimmen.

Herr Pollehn wies für die CDU-Fraktion darauf hin, dass kein Rechtsbruch provoziert werden solle, aber die Zeit der Beratungen bis zur Verabschiedung am 8. Dezember zu kurz sei, da auch viele neue Ratsmitglieder sich erst noch mit der neuen Materie vertraut machen müssten.

Herr Philipps wies darauf hin, dass dann im neuen Jahr lediglich begonnene Maßnahmen fortgesetzt werden dürften. Alle im Haushalt enthaltenen neuen Maßnahmen könnten erst nach Inkrafttreten des Haushalts begonnen werden.

Herr Baxmann betonte, dass sich bei einer Verabschiedung des Haushalts Ende Januar 2017 auch die Genehmigung und damit das Inkrafttreten ent-

sprechend verzögern werde. Bis zum Inkrafttreten gelten dann die Regelungen der „vorläufigen Haushaltsführung“.

Herr Pollehn warf die Frage auf, wie mit dem Haushalt insgesamt umgegangen werden solle. Sowohl der Schuldenstand als auch das strukturelle Defizit müssten in den nächsten Jahren abgebaut werden.

Hierzu wies **Herr Philipps** darauf hin, dass in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am 15.08.2016 vereinbart wurde, durch den neuen Rat eine Entscheidung zur Tagung der AG Haushaltssicherung zu treffen. In diesem Zusammenhang bat **Herr Hinz** darum, den Ratsmitgliedern die aktuelle Liste der freiwilligen Leistungen zukommen zu lassen.

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 18.31 Uhr bis 18.41 Uhr erklärte **Herr Pollehn** für die CDU/FDP-Gruppe, dass bis Ende der Woche eine Entscheidung getroffen werde, ob ein Antrag auf Verschiebung der Haushaltsplan-Verabschiedung gestellt werde.

11. Entwurf Investitionsprogramm 2017

Vorlage: 2016 0002

Eine Beratung hierzu war bereits unter TOP 10 erfolgt.

12. Entwurf Stellenplan 2017

Vorlage: 2016 0003

12.1. Entwurf Stellenplan 2017

Vorlage: 2016 0003/1

Frau Vierke berichtete, dass die Verwaltung seit 2016 ein neues Personalverwaltungsprogramm nutze. Hierin seien bereits die Änderungen des Tarifvertrages im Sozial- und Erziehungsdienst eingearbeitet. Alle anderen in der Vorlage aufgeführten Änderungen zum Stellenplan würden nach Beschlussfassung eingearbeitet werden.

Der jetzige Entwurf beinhalte einen Stellenzuwachs von 27,75 Stellen, über die im Rat beschlossen werden müsse.

Herr Kierstein erkundigte sich, ob die Übernahme der Auszubildenden in ein Beschäftigungsverhältnis nach Abschluss der Ausbildung nicht um 1 Jahr auf 2 Jahre verlängert werden könne.

Hierzu erklärte **Frau Vierke**, dass dieses eine politische Entscheidung sei.

Frau Wichmann erkundigte sich, warum auf Seite 10 der Anlage 2 nur beim Bauhof der Krankenstand ausgewiesen und warum dieser dort so hoch sei. Meist – so **Frau Vierke** – handele es sich hier um langfristige Erkrankungen. Da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter täglich Wind und Wetter ausgesetzt seien, sei dort auch ein entsprechend hoher Krankenstand zu

verzeichnen. Deshalb sei jetzt eine zusätzlich Stelle beantragt worden.

13. Anfragen laut Geschäftsordnung

K e i n e

14. Anregungen an die Verwaltung

K e i n e

Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer